



BERLIN, 23. JANUAR 2011

GRUNDSATZPAPIER

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT NORD/SÜD

Grüne Entwicklungspolitik

-

Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit

Intention des Papiers:

Das Papier beschreibt die Ziele, Prinzipien und Werte grüner Entwicklungspolitik aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Nord/Süd von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Somit spiegelt das Papier das Grundverständnis der BAG Nord/Süd wider, das sich in den Forderungen niederschlägt, die wir im Rahmen unserer politischen Arbeit verfolgen. Wir haben uns dabei bewusst nicht an den tagespolitischen Forderungen orientiert, sondern haben in diesem Papier das grüne Selbstverständnis dargelegt, welches unserer Arbeit zugrunde liegt.

Das Papier hat sowohl eine Innen- als auch eine Außenwirkung: Für die Mitglieder der BAG soll es die Grundlinien skizzieren, die wir in den nächsten Jahren verfolgen wollen und uns somit auch an unser eigenes Selbstverständnis erinnern. Für Interessierte soll es einen Überblick über die Forderungen und Ziele unserer Arbeitsgemeinschaft geben.

1. Ziele grüner Entwicklungspolitik

Ziel grüner Entwicklungspolitik ist es, eine nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit für alle Menschen zu ermöglichen. Durch gemeinsame Anstrengungen mit unseren Partnern wollen wir weiter daran arbeiten, durch Armutsbekämpfung und globale Strukturpolitik eine Welt zu schaffen, in der nachhaltig die Lebensgrundlagen für alle Lebewesen gleichermaßen gesichert sind. Grüne Entwicklungspolitik möchte nicht allein ökonomische und ökologische Entwicklung erreichen, sondern vertritt auch gesellschaftliche Werte, die wir im kritischen Dialog mit unseren Partnern fördern und weiterentwickeln möchten. Wir Grüne setzen uns für die konsequente Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) bis 2015 ein und möchten diese im Sinne nachhaltiger globaler Gerechtigkeit weiterentwickeln.

Folgenden Zielen fühlen wir uns verbunden:

- Durchsetzung der **unteilbaren Menschenrechte** überall. Dies beinhaltet ebenso bürgerliche und politische Rechte wie auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.
 - Im Sinne des Konzepts der **menschlichen Sicherheit** streben wir für alle Menschen ein Leben in Freiheit von Angst und Mangel an. Dieses wollen wir
-

unter anderem durch den Aufbau von Grundsicherungs- und Grundeinkommenssystemen erreichen.

- 35
- Veränderung der **Geschlechterideale** im Sinne einer gleichberechtigten Ausgestaltung der Lebensmöglichkeiten aller Menschen und die Förderung des Bewusstseinswandels von Männern und Frauen.
 - Durchsetzung **partizipativer und demokratischer Strukturen**, um Mitentscheidung und Mitgestaltung auf allen Ebenen staatlichen Handelns
40 sicherzustellen und emanzipatorische Prozesse zu stärken.
 - Aufbau geeigneter lokaler, nationaler und internationaler Strukturen mit ausreichender Legitimation und Durchsetzungsfähigkeit zur **friedlichen Lösung politischer, sozialer, religiöser und wirtschaftlicher Konflikte**.
 - Schaffung von **gerechteren und nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen**, die
45 allen Menschen die Entfaltung ihrer Fähigkeiten und den Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen ermöglichen. Ziele sind breitenwirksames Wachstum (Teilhabe der Armen an wirtschaftlichem Wachstum), Überwindung absoluter Armut, Verteilungsgerechtigkeit, die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards und die Förderung fairen Handels sowie die
50 Schaffung von wirksamen Anreizen zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.
 - Verantwortlicher und nachhaltiger Umgang mit der **Umwelt**, den verbleibenden **natürlichen Ressourcen** sowie der Erhalt der Biodiversität angesichts des Klimawandels und des momentanen ökologischen Raubbaus.
 - **Stärkung der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure**, die einen nachhaltigen Wandel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen bewirken, und gesellschaftliche Verankerung des **Bewusstseins über die globalen Zusammenhänge** der Lebensverhältnisse.

60 **2. Werte und Prinzipien grüner Entwicklungspolitik**

2.1. Werte grüner Entwicklungspolitik

Grüne Entwicklungspolitik basiert auf den Grundsätzen der Grünen Partei: Ökologie, Basisdemokratie, soziale Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit. Basis unserer

Werteorientierung sind die Menschenrechte. Entwicklung definiert sich dabei nicht in
65 erster Linie durch ökonomisches Wachstum, sondern zeigt sich in der Vielzahl von
individuellen Bedürfnissen, die von den Menschen selbst formuliert werden. Hierzu
gehören insbesondere auch die „Freiheit von Furcht“ und die „Freiheit von Mangel“.
Die **Nachhaltigkeit** des menschlichen Handelns – in sozialer, ökologischer und
ökonomischer Hinsicht – ist dabei von zentraler Bedeutung. Nachhaltige Entwicklung
70 wird nur zu erreichen sein, wenn funktionsfähige **partizipative und demokratische
Strukturen** etabliert und gerechte globale Strukturen geschaffen werden.

Unser Anspruch an **Solidarität** erfordert aktives Engagement, um nachhaltige
Entwicklung weltweit zu ermöglichen. Diese Solidarität ist aus humanistischen
Gründen geboten, aber auch aufgrund unserer historischen und gegenwärtigen
75 Verantwortung. Die Menschen in den Partnerländern sind nicht als BittstellerInnen
und EmpfängerInnen zu betrachten, sondern Entwicklung ist ihr individuelles
Menschenrecht, auf das sie sich berufen können. Die Interessen der Ärmsten der
Armen und der am stärksten von Menschenrechtsverletzungen betroffenen Menschen
und Gruppen stehen dabei im Vordergrund.

80 Die **Freiheit** des Menschen ist ein grundsätzlicher Wert, der nicht in Frage gestellt
werden darf. Im Sinne der **Gleichberechtigung** muss der Bekämpfung struktureller
Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der regionalen, ethnisch und sozialen
Herkunft, der Religionszugehörigkeit, der körperlichen und geistigen Fähigkeiten, der
politischen oder sexuellen Orientierungen besondere Beachtung geschenkt werden.
85 Chancengleichheit und das Recht auf die Entfaltung individueller Potenziale muss für
alle Menschen gelten.

Entwicklung in unserem Sinne ist nur dort möglich, wo es keinen Krieg oder andere
gewaltsame Auseinandersetzungen gibt. Deshalb stärkt grüne Entwicklungspolitik
Prozesse zur gewaltfreien **Prävention oder Bewältigung von Konflikten**.

90 Für diese Werte stehen wir ein. Sie sind die Grundlage für eine grüne
Entwicklungspolitik und den politischen Dialog mit den Partnerländern.

2.2. Prinzipien der Zusammenarbeit

Die Grundprinzipien unserer Zusammenarbeit leiten sich aus den dargestellten Werten
95 ab. Vorweg steht hier das Ziel einer echten **partnerschaftlichen Zusammenarbeit**,
sowohl mit öffentlichen als auch privaten PartnerInnen. Echte Partnerschaft zeichnet

sich durch gleichberechtigte Partizipationsmöglichkeiten in globalen, regionalen, nationalen und lokalen Prozessen und durch fairen Dialog zwischen den PartnerInnen aus. So gestaltete Partnerschaften bieten uns die Möglichkeit, ebenfalls neue Erkenntnisse zu gewinnen und unsere eigenen Positionen zu überdenken.

Grüne Entwicklungspolitik beansprucht Politikkohärenz für Entwicklung, insbesondere mit den Politikfeldern Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Handels-, Umwelt und Agrarpolitik.

Eine **enge Zusammenarbeit der Entwicklungspolitik mit der Außenpolitik** sowohl Deutschlands als auch der EU wird angestrebt – einer Außenpolitik, die sich für Menschenrechte, Freiheit und Frieden einsetzt. Staaten werden darin gestärkt, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Sie sollen die Sicherheit, die Menschenrechte und das Eigentum ihrer Bürgerinnen und Bürger schützen. Ebenso sollen sie die Versorgung mit grundlegenden Leistungen etwa in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Infrastruktur gewährleisten.

Für das Ziel einer nachhaltigen globalen Entwicklung sehen wir eine **gemeinsame und differenzierte Verantwortung**. Wir sehen besonders die machtpolitisch starken Länder in der Verantwortung widersprüchliche bi- und multilaterale Politiken zu vermeiden und mit international bisher weniger einflussreichen Ländern gemeinsame Reformen für förderliche globale Rahmenbedingungen anzustreben. Gleichzeitig müssen unsere PartnerInnen selbst die Bereitschaft und das Engagement haben, um entwicklungspolitische Ziele und Maßnahmen zu formulieren und zu erreichen. Dazu notwendige Kapazitäten sollten von uns gezielt gefördert werden. Nur wenn die **Eigenverantwortlichkeit** (Ownership) der PartnerInnen gegeben ist, können nachhaltige Wirkungen durch die Zusammenarbeit erzielt werden. Daher ist das Prinzip der **gegenseitigen Rechenschaftspflicht** ein sinnvolles und wichtiges Instrument zur Sicherstellung einer glaubwürdigen Zusammenarbeit. Wir verfolgen den Anspruch, dass gesellschaftspolitische Entscheidungen so nah wie möglich bei und von den betroffenen Menschen getroffen werden müssen.

Für grüne Entwicklungspolitik spielt die **Stärkung der Zivilgesellschaft** eine zentrale Rolle. Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht gesellschaftliche Entwicklungen, kann und sollte aber das staatliche Handeln nicht ersetzen. Wir unterstützen von lokaler bis zur globalen Ebene zivilgesellschaftliche Netzwerke.

Ein weiteres grundlegendes Prinzip der Zusammenarbeit ist die
130 **Wirkungsorientierung**, d.h. der Anspruch, dass die Umsetzung
entwicklungspolitischer Vorhaben zu direkten und strukturellen Verbesserungen für
die betroffenen Bevölkerungsschichten führen. Ebenso folgt daraus ein
transparenterer Nachweis, für welche Zwecke und mit welchem Erfolg öffentliche
135 Mittel eingesetzt werden. Dabei muss stets auch das „**Do-no-harm**“ **Prinzip** (Prinzip
„Richte keinen Schaden an“), wonach ungewollte negative Wirkungen der
Zusammenarbeit möglichst vermieden werden sollen, ein entwicklungspolitisches
Leitprinzip sein. Dieses Prinzip gilt besonders für humanitäre Hilfe, die in Kriegen,
Naturkatastrophen und anderen humanitären Notlagen notwendig ist.

Von den grundsätzlichen Werten unseres politischen Handelns leiten sich unsere
140 Interessen ab. **Transparenz unserer Interessen** ist eine essentielle Grundlage für
eine ernsthafte und glaubwürdige partnerschaftliche Zusammenarbeit, gerade auch um
Interessenskonflikte offen zu legen. Die Interessen grüner Entwicklungspolitik sind
primär Armutsbekämpfung, Klima- und Ressourcenschutz im Sinne einer globalen
nachhaltigen Entwicklung, Sicherheit, von der möglichst viele Menschen profitieren.
145 Hierzu kann eine verbesserte wirtschaftliche Kooperation mit den Partnerländern
einen wichtigen Beitrag leisten.
